

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten KO Strache, Dr. Fichtenbauer

und weiterer Abgeordneter

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag des Abgeordneten Pilz und weiterer Abgeordneter in der 95. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 4. Februar 2011.

Norbert Darabos trat sein Amt als Bundesminister für Landesverteidigung im Jänner 2007 an. Von diesem Zeitpunkt an bekräftigte Darabos unmissverständlich bei jeder Gelegenheit seine positive Haltung zur Wehrpflicht und seine Ablehnung eines Berufsheeres:

Darabos bekannte sich zur Landesverteidigung und allgemeinen Wehrpflicht, lehnte ein Berufsheer ab und bekräftigte auf eine entsprechende Frage, dass er keine Pläne zur Abschaffung des Heeres habe: "Das Bundesheer kann sich auf mich verlassen."
APA0496, 10.1.2007

„Nein, Berufsheer ist aus meiner Sicht kein Thema.“
Ö1 Morgenjournal, 11.01.2007

„...was die Frage der Berufsarmee betrifft und wie gesagt, hier gibt es ein klares NEIN aus meiner Seite solange ich Minister bin...“
Pressestunde vom 25.03.2007

„Nein, ich bin kein Freund des Berufsheeres. Es ist auch nicht realistisch. Wir bleiben bei dem gemischten System von Grundwehrdienern, Kader- und Miliz-Soldaten.“
"Kurier" vom 11.05.2007

„Ich stehe zu dem System Grundwehrdienst, Kadernsoldaten und Miliz - also kein Berufsheer.“
„Der Standard“ vom 28.08.2007

„Ich bin als Sozialdemokrat ein klarer Verfechter des Milizsystems und des Systems der allgemeinen Wehrpflicht, das ist einfach unserem Heer am stärksten angepasst und ich werde das auch weiter vertreten.“
„Burgenland heute“ vom 09.11.2007

„Ich stehe zu dem jetzigen System der Wehrpflicht und zum Milizsystem.“
Pressestunde vom 01.06.2008

Weiters bekannte sich Darabos zur allgemeinen Wehrpflicht, zum sechsmonatigen Grundwehrdienst und zur Steigerung des Frauenanteils im ÖBH.
OTS0319, 03.12.2008

„Die allgemeine Wehrpflicht ist Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung aller Bürger für die Sicherheit unseres Landes. Deshalb wird es mit mir als Verteidigungsminister auch keine Abschaffung der Wehrpflicht geben. An der Wehrpflicht darf nicht gerüttelt werden. Es ist für Österreich und für das Bundesheer wichtig, dass viele junge Menschen einrücken.“

OTS0184, 4.5.2009

Er bekenne sich zur allgemeinen Wehrpflicht, Tendenzen in Richtung Berufsheer seien lediglich in größeren Staaten zu beobachten, die Militärbündnissen angehören.

OTS0345, 23.6.2009

„Für mich ist die Wehrpflicht in Stein gemeißelt. Mit mir als Verteidigungsminister wird es kein Ende der Wehrpflicht geben.“

„Tiroler Tageszeitung“ vom 3.7.2010

„Die Bundesregierung bekennt sich zu einem Bundesheer, das auf der allgemeinen Wehrpflicht, Miliz und Berufskomponente aufbaut sowie zur Beibehaltung des auf sechs Monate verkürzten Wehrdienstes.“

APA0233, 9.7.2010

„Ich bin der hundertprozentigen Auffassung, dass die Mischvariante zwischen Berufssoldaten, Milizsoldaten und Grundwehrdienern die beste ist für einen neutralen Staat wie Österreich.“

Ö1-Mittagsjournal, 17.9.2010

„Die allgemeine Wehrpflicht garantiert die Verankerung der Armee in der Gesellschaft. Derzeit gibt es aus meiner Sicht keine Alternative zur allgemeinen Wehrpflicht.“

Darabos in seiner Rede zur Ausmusterung der Offiziere an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt am 2.10.2010 („NÖN Landeszeitung“ Nr. 40/2010 vom 4.10.2010)

„Meine Meinung ist bekannt, ich glaube, dass dieses Mischsystem Österreich nach vorne gebracht hat, nämlich Mischsystem zwischen Kadersoldaten, Milizsoldaten und Grundwehrdienern.“

Hohes Haus vom 3.10.2010

Am 4. Oktober 2010 gab es eine Vorausmeldung der „Krone“ auf ein Interview in der Zeitung vom 5.10.2010, dass Bürgermeister Häupl sechs Tage vor der Wahl in Wien als Wahlkampfzuckerl für eine Volksbefragung zur Abschaffung der Wehrpflicht eintritt.

Nach kurzer Ratlosigkeit an der Spitze des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport wurde die Forderung unterstützt. In der Folge wurde für ein Berufsheer plädiert und die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert. Es wurden Modelle für ein künftiges System, ohne Beiziehung des Chefs des Generalstabes oder des Streitkräftekommandanten (!), erarbeitet und vorgestellt, von denen ein Gutteil von vornherein ausscheidet.

Ein 180 Grad Schwenk von Bundesminister Darabos, der in der Geschichte seines Gleichen sucht. Ein Schwenk, der von Bundesminister Darabos am 15.12.2010 mit dem Kostendruck begründet wurde (APA0559).

Dieser schwenk ist nicht nachvollziehbar, zumal es keine neuen mittelfristigen Risikoanalysen – die Vorschläge zur neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin werden erst vorgelegt und diskutiert – gibt. Eine Diskussion über die Wehrverfassung muss auf Basis einer aktuellen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin erfolgen. Einsparungen dominieren die Budgets der Landesverteidigung auf jeden Fall bis 2014 und wahrscheinlich darüber hinaus.

Selbst diverse Medien wie zum Beispiel der „Kurier“ finden diese Vorgehensweise eigenartig bis verwunderlich:

„Für Österreich ist derzeit eine neue Sicherheitsdoktrin in Ausarbeitung. Sie legt fest, welche Anforderungen an das Bundesheer künftig gestellt werden. Die Doktrin ist politisch nicht ausverhandelt, geschweige denn beschlossen. Der Verteidigungsminister kennt also die künftigen Aufgaben des Heeres noch nicht, aber er weiß bereits, welche Art von Heer zu deren Erledigung am besten geeignet ist.“

Das nennt sich ein koordinierter Prozess.

Mit seiner schrägen Vorgangsweise bestätigt der Minister einmal mehr, dass er sich weniger an Sachpolitik als an Parteivorgaben orientiert. Man erinnere sich: Am Beginn der Debatte stand ein Wahlkampf-Manöver des Wiener Bürgermeisters. Im Wissen um die Umfragemehrheit und die Unterstützung der Krone wechselte die SPÖ ziemlich abrupt ihre Wehrpflicht-Position. Darabos war gerade dabei, sie in Stein zu meißeln, und wurde überrumpelt. Inzwischen empfiehlt derselbe Darabos mit ähnlicher Inbrunst den Umstieg auf ein Berufsheer. Mag sein, dass dieses Modell wirklich das richtige für die Zukunft ist - aber wem soll man das glauben? Darabos? Über ihn spöttelt sogar schon der Bundespräsident: "Stein ist nicht aus Butter".“ (OTS0191, 17.1.2011)

Eine Änderung des Wehrsystems aus wahltaktischen und finanziellen Gründen, wie von Darabos betrieben, ist strikt abzulehnen. Eine allfällige Änderung der Wehrverfassung haben sicherheitspolitische Erwägungen auf der Grundlage von fundierten Risikoanalysen und Bedrohungsszenarien voran zu gehen.

Im Profil vom 23. Jänner 2011 erschien ein Interview mit General Entacher in dem er sich, wie der Artikel vom "Kurier" vom 25.01.2011 schön wiedergibt, der Worte von Bundesminister Darabos bediente:

„Was Entacher den Rapport bescherte: Er zitierte Darabos-Plädoyer für Wehrpflicht Kann es sein, dass Generalstabschef Edmund Entacher nur deshalb vor dem "Straf-rapport" steht, weil er im profil-Interview seinen Minister zitiert hat? Die meist verbreitete Lachnummer unter Bediensteten des Verteidigungsministeriums ist derzeit die Kopie eines offenen Briefes von Minister Darabos, den der Standard am 3. September des Vorjahres abgedruckt hat. Hier die verblüffend ähnlichen Aussagen im Detail:

Zum Reformbedarf

Entacher: *"Warum soll ich ein neues System einführen, das voller Risiken steckt und bei dem es kein Zurück mehr gibt? Kein vernünftiger Mensch würde das tun. Unser derzeitiges System hingegen hat sich bewährt."*

Darabos: *"Bei der aktuellen Debatte über die allgemeine Wehrpflicht stellt sich die Frage: Wieso sollen wir von einem Kurs abgehen, der sich gerade für einen kleinen neutralen Staat wie Österreich jahrzehntelang außerordentlich gut bewährt hat?"*

Zur Systemfrage

Entacher: *"Wir haben schon ein Mischsystem aus Berufsheer, Wehrpflichtigen und*

Milizsoldaten, mit denen wir alle an uns gestellten Aufgaben gut bewältigen konnten. Bei Einsätzen im Ausland wurden unsere Soldaten stets gelobt. Im Inland, wenn es Hochwasser gibt oder wir Objekte bewachen, gibt es auch viel Lob."

Darabos: *"Das Mischsystem aus Berufssoldaten, Freiwilligen, Miliz und Grundwehrdiener funktioniert. Das Bundesheer bewältigt alle seine personalintensiven Einsätze wie etwa den Katastrophenschutz im Inneren, den Assistenzeinsatz im östlichen Grenzraum, die Auslandsmissionen vom Westbalkan bis zum Golan, oder die permanente Luftraumüberwachung zu 100 Prozent."*

Zum Freiwilligen-Bedarf

Entacher: *"Wir erhalten aus Ländern, die mit uns vergleichbar sind, laufend Warnungen, dass wir die Wehrpflicht behalten sollen. Dort melden sich zu wenig geeignete Freiwillige."*

Darabos: *"Wie die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen, funktioniert es aber in vielen Ländern, die ihr Wehrsystem geändert haben, nicht so einwandfrei. Viele Länder Europas haben enorme Aufbringungsprobleme."*

Zum schwedischen Modell

Entacher: *"Schwedische Offiziere haben mir berichtet, dass es dort bei den Landstreitkräften bereits enorme Probleme bei der Anwerbung von Freiwilligen gibt."*

Darabos: *"In Schweden rechnen Experten mit massiven Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung."*

Diesem Interview folgten Drohungen von Bundesminister Darabos an seine Bediensteten. Die "Tiroler Tageszeitung" Nr. 22 vom 23.01.2011 berichtete über Darabos: *„Wer nicht bereit ist, mit mir gemeinsam das Bundesheer in eine neue Zukunft zu führen, der muss wissen, dass ich nicht vor personellen Konsequenzen zurückschrecken werde. Ich bin fest entschlossen, das Heer zu reformieren und die Wehrpflicht abzuschaffen. Wer nicht mitzieht, wird mit Konsequenzen zu rechnen haben. Ich lasse mir von niemandem, auch nicht vom Generalstabschef, Steine in den Weg legen.“*

Auf die Kritik der Offiziersgesellschaft und des Milizverbandes an den von Darabos geäußerten Drohungen gegenüber Ressortangehörigen konterte Bundesminister Darabos mit der Desavouierung der Mitglieder beider Vereinigungen. Darabos sprach von *„Beharrungskräften und Besitzstandsbewahrern“, von ausschließlich politischer Motivation, von „Pfründe sichern“, „in ihrem Denken noch im 20. Jahrhundert sind“* (APA0192 vom 23. Jänner 2011) und rundete dies mit folgendem Vergleich ab: *„Die Offiziersgesellschaft und der Milizverband sind private Vereinigungen so wie der Fußballverein SC Kroatisch-Minihof oder ein Kochverband - um das ganz salopp und vielleicht auch zynisch zu sagen.“* (Zeit im Bild 1 vom 24.01.2011).

Noch bei einer bei einer Pressekonferenz am 24. Jänner 2011 vormittags sprach Darabos davon, dass es jetzt nicht um ein "Köpfe-Rollen" gehe. Doch dem Druck der Kronenzeitung mit der Aufforderung „Darabos muss jetzt durchgreifen“ war der Minister nicht gewachsen, Entacher wurde als Chef des Generalstabes abberufen.

In der Presseerklärung von Verteidigungsminister Norbert Darabos, 24. 1. 2011 hieß es: *„Die Aussagen des Generalstabschefs in der aktuellen Ausgabe des "profil" zu den Kosten und zur Leistungsfähigkeit eines Freiwilligenheeres kann ich deshalb nur so interpretieren, dass er sich von seinen eigenen Berechnungen distanziert. Durch diese öffentlichen Aussagen und den dadurch entstandenen Vertrauensverlust sah*

ich mich heute, Montag, im dienstlichen Interesse veranlasst, den Generalstabschef abzuuberufen.“

Diese Abberufung ist mehr als in Frage zu stellen. Offizieren, die das verfassungsrechtlich gewährleistete Recht auf Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nehmen und dafür eintreten die gegebene Verfassungslage beizubehalten, mit Hinauswurf, Absetzung oder sonstigen Konsequenzen zu drohen, ist ein Bruch der Verfassung per se. Dies ist demokratiefeindlich, illegitim und ein schwerer Verstoß gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit.

In diesem Zusammenhang kann sich der Minister keinesfalls auf Argumente der Amtsverschwiegenheit oder Beamtenloyalität berufen, weil die Debatte über die Abschaffung der Wehrpflicht öffentlich geführt wird und sich der Generalstabschef auf die öffentlich bekanntgegebenen Modelle bezogen hat.

In dem Maß, in welchem Darabos parteipolitische Gehorsamspflicht innerhalb seiner Vollziehungszuständigkeit unter Androhung von dienstlichen Nachteilen einfordert, bricht er bewusst die Verfassung.

Im Ö1 Morgenjournal um 7 Uhr vom 26.01.2011 kritisierten Verfassungsexperten diese Abberufung wie folgt:

Öhlinger Theodor (Universität Wien)

„Der Herr Minister bewegt sich hier sicher auf einen dünnen Grat. Der Grund war eine Aussage in der Öffentlichkeit und solche Aussagen sind prinzipiell auch für Beamte zulässig. Auf der anderen Seite, wenn der Bundesminister herausliest, dass dieser wirklich nicht bereit ist sein Reformkonzept zu unterstützen, dann gilt so was wie der Primat der Politik, dann muss ein Minister natürlich die Möglichkeit haben jemand anderen, den er hier mehr vertraut diese Funktion zu übertragen.“

Funk Bernd-Christian (Universität Wien)

„Es ist ein staatsbürgerliches Recht und vielleicht würde ich sagen sogar eine Pflicht, wenn es ein hoher Militärs in dieser Funktion seine Besorgnis kund zu tun über Reformen, die er für verfehlt hält, also dagegen ist nichts einzuwenden. Eine sozusagen strafweise Abberufung wäre sicherlich nicht gerechtfertigt, aber es ist sein Recht, des Ressortchefs, mit jenen Personen zusammen zu arbeiten, die er für geeignet hält um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.“

Mayer Heinz (Universität Wien)

„Aber es ist so, dass nach der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes und des Verfassungsgerichtshofes der Begriff des dienstlichen Interesses objektiv zu verstehen ist. Das heißt, bloß die Tatsache, dass ein Mitarbeiter Kritik an seinem Vorgesetzten übt oder, dass er mit der Resortführung nicht einverstanden ist und das auch artikuliert, das ist kein Vertrauensverlust und kein dienstliches Interesse, das eine Versetzung rechtfertigt.“

Dazu kommt, dass Bundesminister Darabos entgegen seiner Aussagen in der Zeit im Bild 2 vom 25.01.2011 nicht einmal den Mut hatte dem Generalstabschef dies selbst mitzuteilen.

Die Zeit im Bild 2 vom 25.01.2011 berichtete dazu:

Groß Gerald (ORF)

„Aber nur um das abzuschließen: Können Sie das ausschließen, dass der General Entacher dann erst nach diesem Gespräch - zwei Stunden später - aus einem

Schriftstück erfahren hat, dass er eigentlich abberufen ist? Da ist in der Zwischenzeit nichts passiert, Sie haben ihm das unter vier Augen gesagt?“

Darabos Norbert (SPÖ)

„Ich bin wirklich jetzt ein bisschen echauffiert, weil ich mit ihm persönlich diese Gespräche geführt habe und auch bis zum Schluss mit ihm in persönlichem Kontakt war. Und noch einmal gesagt: Ich halte“

Groß Gerald (ORF)

„Die Information ist von Ihnen auch gekommen?“

Darabos Norbert (SPÖ)

„Natürlich ist die von mir gekommen!“

Dem gegenüber konnte der „Kurier“ vom 28.01.2011 Licht in den Vorgang rund um die Abberufung bringen:

„(...) Kurz vor 19 Uhr - die Krone ist bereits auf der Straße und titelt "Enthebung oder Flucht in Pension" - ein drittes Gespräch mit Entacher. Er kehrt vom Minister zu den Generälen zurück: "Ich habe nichts unterschrieben." Plötzlich steht der Personalchef des Ressorts, Christian Kemperle, vor der staunenden Runde und sagt: "Herr General, ich muss dir leider mitteilen, der Minister beabsichtigt, dich deines Amtes zu entheben."(...)“

Dem nicht genug berichtete "Der Standard" vom 27.01.2011, dass die Zahlen für das von Darabos bevorzugte Modell 3 „schöngerechnet“ wurden, damit dieses Modell nicht teurer wird als das bestehende System:

„ (...) Die Unterlagen belegen, dass es zu einer massiven Kostenänderung kommt. Modell 3 steht im ersten Entwurf bei 2,6 Milliarden Euro - im vom Minister präsentierten Entwurf vom 17. Jänner aber nur noch bei 2,1 Milliarden. Fast eine halbe Milliarde wurde einfach weggerechnet - und zwar aufgrund von unrealistischen Annahmen, wie mit Sandkastenspielen vertraute Offiziere sagen.

So hätte man zum Beispiel die erwarteten Verkaufserlöse durch Bundesheer-Liegenschaften höher geschraubt. Die Kosten für Auslandseinsätze seien dafür hinuntergedreht worden.

Für die anderen Modelle habe es die ergänzende Order gegeben, "die anderen Ziffern so zu modifizieren, dass es nicht auffällt".“

Schon davor berichteten die "Oberösterreichischen Nachrichten" vom 21.01.2011:

„Freiwilligenheer: Hat Darabos seine Militärspitze ausgetrickst?“

(...) Man fühlt sich vom Minister schlicht hintergangen, wie den OÖNachrichten aus dem Generalstab bestätigt wurde. Diesen hatte Darabos Ende September, nachdem der wahlkämpfende Wiener SP-Bürgermeister Michael Häupl die Wehrpflicht in Frage gestellt hatte, ganz offiziell mit dem Durchrechnen von sieben Heeresmodellen beauftragt.

"Damals war der Minister noch ein Verfechter der Wehrpflicht", erinnert sich ein Involvierter. Das Ergebnis sei gewesen, dass jene Varianten, bei denen alle bisherigen Aufgaben zu erfüllen wären (Landesverteidigung, Ausland und Katastrophenhilfe), viel teurer kämen als das aktuelle mit Präsenzdienern, das derzeit 2,18 Milliarden Euro pro Jahr kostet. Ein reines Berufsheer etwa hätte sich mit 3,3 Milliarden Euro im Budget niedergeschlagen.

Vor wenigen Wochen hat den Generalstab ein neuer Auftrag aus dem Ministerbüro erteilt: Nun galt es, nur mehr das mittlerweile bekannte "Modell drei" (Berufsheer mit Freiwilligen nach schwedischem Vorbild) so zu kalkulieren, dass es am Ende keinesfalls mehr kostet als das bisherige Bundesheer, berichten zwei Top-Offiziere, die

namentlich nicht genannt werden wollen.

Nur so konnte Darabos, der sich mittlerweile als Anhänger eines Freiwilligenheeres geoutet hatte, das Kostenargument der Wehrpflicht-Anhänger wie Bundespräsident Heinz Fischer oder VP-Obmann Josef Pröll entkräften.

An der Militärspitze geht seither nicht nur der Groll um, durch den Schwenk des Ministers überrumpelt worden zu sein. Vor allem glaubt kaum jemand, dass die Darabos -Formel ("Gleiche Leistung, gleiche Kosten, aber ohne Zwang") jemals Gültigkeit haben kann.

Das Budget-Diktat habe beim vorliegenden Modell zu so drastischen Einschnitten gezwungen, dass die abgegebenen Leistungsgarantien etwa zur flächendeckenden Landesverteidigung und für Katastropheneinsätze "zur reinen Behauptung" werden, beklagt ein Offizier."

Selbst die Manipulation dieser Zahlen um auf die Kosten von 2,18 Milliarden Euro, dem für 2011 beschlossenen Budget für das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, ist fehlerbehaftet, da in den 2,18 Milliarden Euro Budget auch das Sportbudget mit 129 Millionen Euro beinhaltet ist und diese somit nicht für das Bundesheer zur Verfügung stehen.

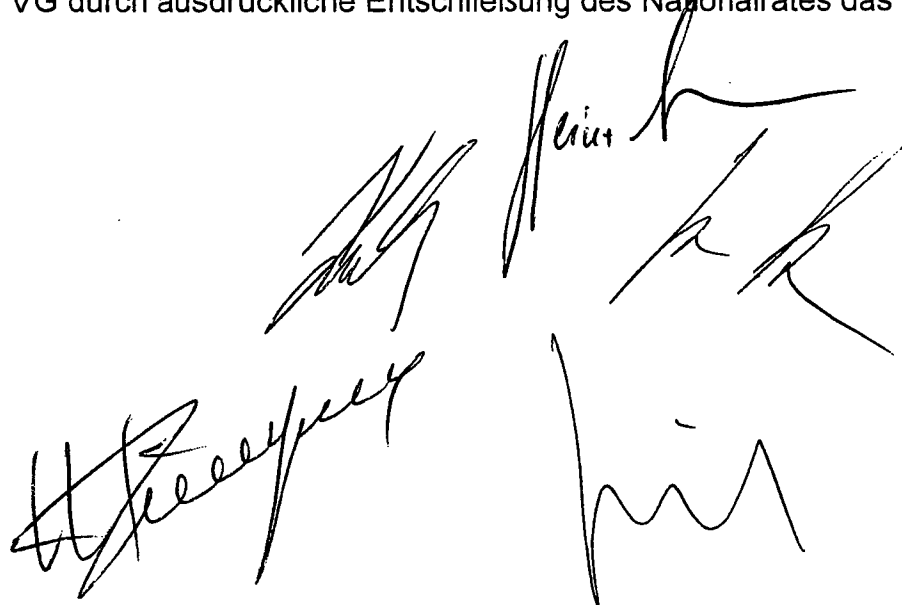
Abschließend bleibt noch zu ergänzen, dass ein Bundesminister, welcher große Reformen umsetzen möchte, die anerkannten Experten auf diesem Gebiet desavouiert in dem er sie als nicht relevant bezeichnet, wie dies Darabos wortwörtlich im Interview im Report vom 25.01.2011 getan hat, grundsätzlich zu hinterfragen ist.

Auf Grund der genannten Tatsachen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Landesverteidigung und Sport wird gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG durch ausdrückliche EntschlieÙung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

The image shows several handwritten signatures in black ink. The most prominent one is a large, stylized signature that appears to be 'H. Fischer'. To its right, there are several other signatures, some of which are more compact and less legible. The signatures are arranged in a roughly triangular pattern, with the largest one at the bottom left and others above and to the right.